

Die gegenwärtige Diskussion über den Euro mag den Eindruck aufkommen lassen, dass die Krise vor allem eine Schuldenkrise ist. Dieser Eindruck täuscht: Es geht um eine politische, genauer: eine Staatskrise.

Je mehr sich ein Staat verschuldet hat, desto geringer sind seine gegenwärtigen und zukünftigen Handlungsmöglichkeiten. Die Budgetmittel, die für die Bedienung der eingegangenen Verpflichtungen eingesetzt werden müssen, stehen heute und morgen für politisches Handeln nicht zur Verfügung. Je größer die Schuld, desto geringer der politische Handlungsspielraum. Im Extrem mag gar Letzterer – wie im Fall Griechenlands – auf null sinken. Aber auch viele andere Länder sind so überschuldet, dass sie nur noch über einen gefährlich reduzierten Spielraum für politisches Handeln verfügen und morgen verfügen werden. Auch Deutschland ist da keine Ausnahme, nicht zuletzt aufgrund der eingeleiteten „Euro-Rettungsmaßnahmen“. Diese bedeuten faktisch eine Mithaftung an der Überschuldung anderer Länder.

Eine Entschuldung kann auf verschiedenen Wegen erfolgen: Die Staatsschuld kann – erstens – an politischer Bedeutung verlieren, wenn die betreffende nationale Volkswirtschaft wächst. Indem das Wachstum neue Mittel des staatlichen Handelns schafft, kompensiert es mehr oder weniger die schuldenindizierte Beschränkung der politischen Handlungsmöglichkeiten. Folglich ist eine staatliche Verschuldung, die auf wachstumsför-

## Forum

# Am Ende bleiben nur Steuererhöhungen

Irgendwer muss für die Bewältigung der Krise bezahlen. Die Frage ist nur, wie die Lasten gerecht verteilt werden können.

Von Volker Grossmann und Guy Kirsch

dernde Ausgaben zurückzuführen ist, weniger drückend als eine, die durch staatlich finanzierten privaten und öffentlichen Konsum entstanden ist. Leider ist Letzteres in vielen Ländern der Fall gewesen.

Erfolgt hingegen – zweitens – die Entschuldung durch einen harten Schuldenschnitt, wie bei Griechenland unausweichlich, würde dies im Falle größerer Länder wie Italien, Spanien oder Frankreich zu unabsehbaren Konsequenzen für das weltweite Finanzsystem und somit letztlich der Realwirtschaft führen. Staatsbankrotte sind also sehr riskant, erfolgen aber unweigerlich, wenn die Politik nicht wirksam in einer Situation der Überschuldung handelt.

Eine weitere Möglichkeit der Entschuldung besteht – drittens – durch die Inflationierung der Währung: Die Schuldner, auch die verschuldeten Staaten, entledi-

gen sich dadurch real eines Teils ihrer Schulden und mögen hoffen, auf diese Weise einen Teil ihrer Handlungsfreiheit zurückzugewinnen. Selbst wenn ihnen dies gelingt, bleibt, dass die Inflation nichts anderes als eine legalisierte Enteignung von Schuldnern und von Beziehern nicht indexierter Geldeinkommen ist. Es ist zu erwarten, dass die Leidtragenden eher im Kreis der kleinen und mittleren Sparer und der kleinen und mittleren Einkommensbezieher zu finden sind. Angesichts der Versuchung der politischen Akteure, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen und sich über die Geldentwertung zu entschulden, ist es von großer Wichtigkeit, dass eine Institution, also die Europäische Zentralbank (EZB), frei ist, diesem Tun Grenzen zu setzen, es also nicht durch die Gelddruckmaschine zu unterstützen. Letzteres scheint aber bereits der Fall zu sein,

wie die massiven Ankäufe von Staatsanleihen durch die EZB zeigen.

Wenn nun wenigstens vorerst über das Wachstum keine Entschuldung zu erwarten ist, wenn auch die Entschuldung mittels der Inflation wegen ihres betrügerischen und unsozialen Charakters nicht vertretbar scheint und man Staatsbankrotte nicht anstrebt, dann bleiben nur – viertens und fünftens – die Ausgabenkürzung und die Einnahmensteigerung. Hinsichtlich der Ausgaben sollte selbstverständlich alles auf den Prüfstand. Allerdings: Große Hoffnungen, auf diese Weise substantiellere Haushaltsüberschüsse zu erzielen, sollte man nicht haben. Eine Todsünde wären beispielsweise Ausgabenkürzungen im Bereich Bildung, Forschung und öffentliche Infrastruktur. Diese sind längerfristig wachstumsfördernd und somit eine der wenigen effektiven Möglichkeiten der Entschuldung. Auch bei Kürzungen der Sozialausgaben sollte Vorsicht geboten sein, damit nicht die Ärmsten für Fehlentscheidungen der Finanzmarktakteure aufkommen, die den Staaten ihre Überschuldung zu lange finanziert haben.

Bleibt also die Einnahmenseite, sprich: Steuererhöhungen. Diese kann angesichts der massiven Verschuldung nicht nur marginal sein. Somit ergibt sich aus der derzeitigen Krise ein gewaltiges Verteilungsproblem, über das niemand so recht reden möchte. Letztlich ist es aber unvermeidbar und, einmal ausgesprochen, unmittelbar einsichtig. Irgendwer muss für die Bewältigung der Krise

bezahlen. Die einzige Frage ist somit die nach der Verteilung der Lasten mittels Art und Ausgestaltung der Besteuerung.

Eine Mehrwertsteuererhöhung beispielsweise würde vor allem wieder kleine und mittlere Einkommen treffen. Davon sei abgeraten, denn diese Einkommensgruppen haben vom Wachstum der letzten Jahrzehnte kaum oder gar nicht profitiert. Ein weiteres Auseinanderdriften von Arm und Reich könnte ernstzunehmende gesellschaftliche Verwerfungen hervorrufen.

Wenn die heute noch belächelte Occupy-Welle sich nicht zu einem Tsunami ausweiten soll, kommen also nur Steuererhöhungen in Frage, die hauptsächlich Hoheinkommensbezieher und Vermö-



Prof. Dr. Guy Kirsch hält den Lehrstuhl für Neue Politische Ökonomie an der Universität Fribourg (Schweiz). Prof. Dr. Volker Grossmann lehrt dort Makroökonomie und Internationale Industrie- und Wirtschaftspolitik.

gende betreffen. Neben einer progressiveren Einkommensbesteuerung (Reichensteuer!) sollte auch eine Erhöhung der Erbschaftssteuer und die Einführung einer Vermögenssteuer kein Tabu sein. Nur wenn Investoren eine nachhaltige Entschuldung glaubhaft erwarten können, werden sie nicht mehr auf Staatsbankrotte wetten.

Wenn es also unvermeidlich ist, die Steuern zu erhöhen, mag man fragen, warum dieser Tatbestand weder von den derzeitigen politischen Entscheidungsträgern noch von ihren Beraterstäben auf die politische Agenda gebracht wird. In den USA hat das Aufstreben der Tea-Party-Bewegung zu einem gefährlichen Denkverbot in diese Richtung geführt. In Deutschland diskutiert die Regierung ebenfalls lieber über Steuersenkungen, finanziert durch höhere Verschuldung, also einer weiteren Einschränkung des staatlichen Handlungsspielraums.

Auch für die meisten Ökonomen scheint das Dogma der wachstumsfeindlichen Steuererhöhungen unumstößlich, obschon es keine seriöse empirische Evidenz für diese inzwischen gefährliche Ideologie gibt.

Wir haben nun die Wahl: Staatsbankrott, Inflation oder Steuererhöhungen. Wer das Finanzsystem zerstören will und eine tiefe Rezession möchte, wählt den Staatsbankrott, wer die EZB als Institution und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zerstören will, wählt Inflation. Ein in der Tat eingeschränkter Handlungsspielraum.

Die gegenwärtige Diskussion über den Euro mag den Eindruck aufkommen lassen, dass die Krise vor allem eine Schuldenkrise ist. Dieser Eindruck täuscht: Es geht um eine politische, genauer: eine Staatskrise.

Je mehr sich ein Staat verschuldet hat, desto geringer sind seine gegenwärtigen und zukünftigen Handlungsmöglichkeiten. Die Budgetmittel, die für die Bedienung der eingegangenen Verpflichtungen eingesetzt werden müssen, stehen heute und morgen für politisches Handeln nicht zur Verfügung. Je größer die Schuld, desto geringer der politische Handlungsspielraum. Im Extrem mag gar Letzterer – wie im Fall Griechenlands – auf null sinken. Aber auch viele andere Länder sind so überschuldet, dass sie nur noch über einen gefährlich reduzierten Spielraum für politisches Handeln verfügen und morgen verfügen werden. Auch Deutschland ist da keine Ausnahme, nicht zuletzt aufgrund der eingeleiteten „Euro-Rettungsmaßnahmen“. Diese bedeuten faktisch eine Mithaftung an der Überschuldung anderer Länder.

Eine Entschuldung kann auf verschiedenen Wegen erfolgen: Die Staatsschuld kann – erstens – an politischer Bedeutung verlieren, wenn die betreffende nationale Volkswirtschaft wächst. Indem das Wachstum neue Mittel des staatlichen Handelns schafft, kompensiert es mehr oder weniger die schuldeninduzierte Beschränkung der politischen Handlungsmöglichkeiten. Folglich ist eine staatliche Verschuldung, die auf wachstumsför-

## Forum

# Am Ende bleiben nur Steuererhöhungen

Irgendwer muss für die Bewältigung der Krise bezahlen. Die Frage ist nur, wie die Lasten gerecht verteilt werden können.

Von Volker Grossmann und Guy Kirsch

dernde Ausgaben zurückzuführen ist, weniger drückend als eine, die durch staatlich finanzierten privaten und öffentlichen Konsum entstanden ist. Leider ist Letzteres in vielen Ländern der Fall gewesen.

Erfolgt hingegen – zweitens – die Entschuldung durch einen harten Schuldenschnitt, wie bei Griechenland unausweichlich, würde dies im Falle größerer Länder wie Italien, Spanien oder Frankreich zu unabsehbaren Konsequenzen für das weltweite Finanzsystem und somit letztlich der Realwirtschaft führen. Staatsbankrotte sind also sehr riskant, erfolgen aber unweigerlich, wenn die Politik nicht wirksam in einer Situation der Überschuldung handelt.

Eine weitere Möglichkeit der Entschuldung besteht – drittens – durch die Inflationierung der Währung: Die Schuldner, auch die verschuldeten Staaten, entledi-

gen sich dadurch real eines Teils ihrer Schulden und mögen hoffen, auf diese Weise einen Teil ihrer Handlungsfreiheit zurückzugewinnen. Selbst wenn ihnen dies gelingt, bleibt, dass die Inflation nichts anderes als eine legalisierte Enteignung von Schuldner und von Beziehern nicht indexierter Geldeinkommen ist. Es ist zu erwarten, dass die Leidtragenden eher im Kreis der kleinen und mittleren Sparer und der kleinen und mittleren Einkommensbezieher zu finden sind. Angesichts der Versuchung der politischen Akteure, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen und sich über die Geldentwertung zu entschuldigen, ist es von großer Wichtigkeit, dass eine Institution, also die Europäische Zentralbank (EZB), frei ist, diesem Tun Grenzen zu setzen, es also nicht durch die Gelddruckmaschine zu unterstützen. Letzteres scheint aber bereits der Fall zu sein,

wie die massiven Ankäufe von Staatsanleihen durch die EZB zeigen.

Wenn nun wenigstens vorerst über das Wachstum keine Entschuldung zu erwarten ist, wenn auch die Entschuldung mittels der Inflation wegen ihres betrügerischen und unsozialen Charakters nicht vertretbar scheint und man Staatsbankrotte nicht anstrebt, dann bleiben nur – viertens und fünftens – die Ausgabenkürzung und die Einnahmensteigerung. Hinsichtlich der Ausgaben sollte selbstverständlich alles auf den Prüfstand. Allerdings: Große Hoffnungen, auf diese Weise substantiellere Haushaltsüberschüsse zu erzielen, sollte man nicht haben. Eine Todsünde wären beispielsweise Ausgabenkürzungen im Bereich Bildung, Forschung und öffentliche Infrastruktur. Diese sind längerfristig wachstumsfördernd und somit eine der wenigen effektiven Möglichkeiten der Entschuldung. Auch bei Kürzungen der Sozialausgaben sollte Vorsicht geboten sein, damit nicht die Ärmsten für Fehlentscheidungen der Finanzmarktakteure aufkommen, die den Staaten ihre Überschuldung zu lange finanziert haben.

Bleibt also die Einnahmenseite, spricht: Steuererhöhungen. Diese kann angesichts der massiven Verschuldung nicht nur marginal sein. Somit ergibt sich aus der derzeitigen Krise ein gewaltiges Verteilungsproblem, über das niemand so recht reden möchte. Letztlich ist es aber unvermeidbar und, einmal ausgesprochen, unmittelbar einsichtig. Irgendwer muss für die Bewältigung der Krise

bezahlen. Die einzige Frage ist somit die nach der Verteilung der Lasten mittels Art und Ausgestaltung der Besteuerung.

Eine Mehrwertsteuererhöhung beispielsweise würde vor allem wieder kleine und mittlere Einkommen treffen. Davon sei abgeraten, denn diese Einkommensgruppen haben vom Wachstum der letzten Jahrzehnte kaum oder gar nicht profitiert. Ein weiteres Auseinanderdriften von Arm und Reich könnte ernstzunehmende gesellschaftliche Verwerfungen hervorrufen.

Wenn die heute noch belächelte Occupy-Welle sich nicht zu einem Tsunami ausweiten soll, kommen also nur Steuererhöhungen in Frage, die hauptsächlich Hocheinkommensbezieher und Vermö-

gende betreffen. Neben einer progressiveren Einkommensbesteuerung (Reichensteuer!) sollte auch eine Erhöhung der Erbschaftssteuer und die Einführung einer Vermögenssteuer kein Tabu sein. Nur wenn Investoren eine nachhaltige Entschuldung glaubhaft erwarten können, werden sie nicht mehr auf Staatsbankrotte wetten.

Wenn es also unvermeidlich ist, die Steuern zu erhöhen, mag man fragen, warum dieser Tatbestand weder von den derzeitigen politischen Entscheidungsträgern noch von ihren Beraterstäben auf die politische Agenda gebracht wird. In den USA hat das Aufstreben der Tea-Party-Bewegung zu einem gefährlichen Denkverbot in diese Richtung geführt. In Deutschland diskutiert die Regierung ebenfalls lieber über Steuersenkungen, finanziert durch höhere Verschuldung, also einer weiteren Einschränkung des staatlichen Handlungsspielraums.

Auch für die meisten Ökonomen scheint das Dogma der wachstumsfeindlichen Steuererhöhungen unumstößlich, obschon es keine seriöse empirische Evidenz für diese inzwischen gefährliche Ideologie gibt.

Wir haben nun die Wahl: Staatsbankrott, Inflation oder Steuererhöhungen. Wer das Finanzsystem zerstören will und eine tiefe Rezession möchte, wählt den Staatsbankrott, wer die EZB als Institution und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zerstören will, wählt Inflation. Ein in der Tat eingeschränkter Handlungsspielraum.



Prof. Dr. Guy Kirsch hält den Lehrstuhl für Neue Politische Ökonomie an der Universität Fribourg (Schweiz). Prof. Dr. Volker Grossmann lehrt dort Makroökonomie und Internationale Industrie- und Wirtschaftspolitik.